



Die Kliniken in Vorpommern und Seenplatte haben mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Ob die Krankenhausreform hilft? Von links oben nach rechts unten: Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum Neubrandenburg, Asklepios Klinik Pasewalk, Ameos Klinikum Ueckermünde (rundes Bild), Kreiskrankenhaus Demmin und DRK-Klinikum Neustrelitz.

NK-MONTAGE MIT BILDERN AUS DEM NK-ARCHIV

Schaffen es die Krankenhäuser überhaupt bis zur Reform?

Ungewissheit über künftige Strukturen ist derzeit noch das kleinere Übel für die Kliniken. Mit Forderungen an die Politik machen sie auf die wirtschaftliche Gefährdung aufmerksam.

Von Susanne Schulz

SEENPLATTE/VORPOMMERN. Sie sind dazu da, Menschen zu helfen und heilen. Doch während sie selbst durch schwieriges Fahrwasser steuern, fühlen sich die Krankenhäuser in Vorpommern und der Seenplatte von der Politik gründlich allein gelassen. Auch und gerade, wenn derzeit zwischen Bund und Ländern um eine Krankenhausreform gerungen wird, die Minister Karl Lauterbach (SPD) einst als „Revolution“ ankündigte, zu der bislang aber nur vage Eckpunkte vereinbart sind.

Wie das Vorhaben letztlich umgesetzt wird und mit welchen Auswirkungen für die einzelnen Krankenhäuser im Nordosten, können hiesige Betreiber somit noch gar nicht ermessen. Vordringlicher ist ohnehin die Herausforderung, überhaupt bis zu einer wie auch immer gearteten Reform über die Runden zu kommen. Denn viele Kliniken geraten durch rückläufige Fallzahlen und zugleich exorbitant gestiegene Energie-, Sach- und Personalkosten in eine wirtschaftlich schwierige Lage.

„Aber von der Politik kommt nichts“, kritisiert nicht nur Dr. Fred Ruhnu, Ärztlicher Direktor des DRK-Krankenhauses in Neustrelitz. Einen Inflationsausgleich auf dem Weg in den Reformprozess fordert etwa die Geschäftsführung des Dietrich-Bonhoeffer-Klinikums Neubrandenburg, ein Vorschaltgesetz zur Refinanzierung der gestiegenen Kosten noch in diesem Jahr mahnt Yvonne Hartmann als Krankenhausdirektorin der Ameos-Kliniken Anklam, Pasewalk und Ueckermünde an, Guido Lenz als Regionalgeschäftsführer der auch in Pasewalk prä-

senten Asklepios-Gruppe drängt auf eine Änderung der Krankenhausfinanzierung durch den Bund.

Krankenhaussterben zu einem Flächenbrand ausgeweitet

„Niemand kann dauerhaft seine Leistung unter den Herstellungskosten berechnen“, verdeutlicht Lenz. Was gemäß dem Leistungskatalog den Krankenkassen in Rechnung gestellt werde, dürfe sich aber nur in dem Maße verändern wie die Einnahmen der Krankenkassen – und deren Anstieg halte „nicht einmal ansatzweise“ den realen Kostensteigerungen der Kliniken stand. Jeweils basierend auf bereits zu geringen Vorjahreswerten verstärkte sich dieser Effekt von Jahr zu Jahr.

Die schon lange bestehende Unterfinanzierung von Krankenhausleistungen bringe durch die aktuell hohe Inflation noch härtere Auswüchse hervor, stellt Guido Lenz fest. Das Krankenhaussterben habe sich „zu einem Flächenbrand ausgeweitet“, kommentiert er die jüngst bekannt gewordene Insolvenz der Warnow-Klinik Bützow oder die Situation des Kreiskrankenhauses Demmin, dem der Kreistag der Mecklenburgischen Seenplatte erst vor wenigen Monaten eine Überbrückungshilfe bewilligt hatte. „Viele haben sich im Laufe der Zeit an ihre Defizite gewöhnt“, schätzt der Asklepios-Regionalchef ein, „wir zum Glück nicht.“ Das Unternehmen arbeite „mit Hochdruck“ daran, die Wirtschaftlichkeit der erstmals in rote Zahlen geratenen Pasewalker Klinik wieder herzustellen.

Seine Erwartungen an die Krankenhausreform wiederum verknüpft Guido Lenz

mit der Aussage von Mecklenburg-Vorpommerns Gesundheitsministerin Stefanie Drese (SPD), dass die 37 Krankenhausstandorte im Land erhalten und die künftigen Leistungsgruppen gemäß den aktuellen Leistungen zugewiesen werden sollen. Kritisch sieht der Geschäftsführer indessen die geplante Entwicklung von den derzeit maßgeblichen Fallpauschalen hin zu einer stärkeren Berücksichtigung von Vorhalteleistungen. Damit könne ein Anreiz bestehen, weniger Leistung zu erbringen, befürchtet er. Am Ende müsse sich in der Ausgestaltung zeigen, ob die Vorhaltefinanzierung ein Erfolgsmodell werde.

Als „vernünftige Überlegung“ immerhin bewertet der Neustrelitzer Chefarzt Fred Ruhnu die Vorhaltepauschalen; allerdings sei zur Umsetzung noch gar zu wenig abzusehen. Vor allem ist dem Ärztlichen Direktor aber auch daran gelegen, Abteilungen und Bereiche mit nachgewiesener guter Qualität am Standort zu erhalten – wie etwa die Neustrelitzer Expertise zum Beispiel bei Magen- und Darmkrebsbehandlungen oder der Gefäßchirurgie. „Hanebüchen“ nennt Ruhnu in diesem Zusammenhang Aussagen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), dass nur Großkliniken eine qualitätsgerechte Behandlung jenseits der Grundversorgung sichern könnten.

In Flächenländern müsse die Versorgung anders betrachtet werden als in Großstädten und Ballungsgebieten, fordert der Mediziner. Eine wirkliche Reform müsse zudem die ambulante Versorgung einbeziehen, was aber nicht der Fall sei. Damit Fachleute die Reform strukturell mitgestalten, erhofft Ruhnu ein gemeinsames Sprachrohr etwa

mit der Ärztekammer und dem Gesundheitsministerium.

Bundesweiter Protest gegen Krankenhaussterben

Zunächst aber brauchen die Kliniken für die Wahrung der Versorgungssicherheit „eine verlässliche Finanzierung für dieses und das kommende Jahr“, unterstreicht Ameos-Krankenhausdirektorin Yvonne Hartmann ihre Forderung nach einem Vorschaltgesetz. Allerdings gebe es bisher kein Signal vom Bundesgesundheitsminister oder aus dem Bund-Länder-Gremium.

„Wichtig ist, dass die Krankenhäuser die Reform überhaupt erreichen“, heißt es denn auch aus dem Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum Neubrandenburg. Mit den aktuellen Preisteigerungen werde das Gesundheitswesen von der Politik allein gelassen. Die Misere beenden könne nur eine Änderung der Krankenhausfinanzierung durch den Bund, resümiert Asklepios-Regionalgeschäftsführer Guido Lenz die Hoffnung, „dass Karl Lauterbach unsere Rufe doch noch hört“.

Um der Branche Gehör zu verschaffen, ruft die Deutsche Krankenhausgesellschaft DKG für den 20. September zum bundesweiten Protesttag „Stoppt das Krankenhaussterben!“ auf. Geplant sind Demonstrationen in Berlin und weiteren großen Städten. Zudem macht der Bundesverband der privaten Krankentuäger (BDPK) mit der Kampagne www.krankenhausretten.de auf die Bedrohung der medizinischen Versorgung vor allem auf dem Land aufmerksam.

Kontakt zur Autorin
s.schulz@nordkurier.de